

Guten Morgen an diesem 27. September, sagt Barbara Schieder.
Die Preisgestaltung der Energieversorger ist nach wie vor oft undurchsichtig und sehr unterschiedlich,
gerade beim Gaswirken oft noch hohe Kosten aus dem vorigen Winter nach.
Dazu ist gleich E-Control-Vorstand Wolfgang Urban Schädtsch bei uns zu Gast.
Hohe Kosten sind es auch, die die Zeitungsverleger dazu bewogen haben,
den Kollektivvertrag für Printjournalisten aufzukündigen, die Gewerkschaft schäumt.
Der Konsum-Gegant Amazon wird von der US-Wettbewerbsbehörde und 17 Bundesstaaten geklagt.
US-Präsident Joe Biden stimmt in die Klage der vielen Streikenden in der Autoindustrie mit ein.
Trotz aller Fortschritte bei der Behandlung von Krebs gibt es weiter beträchtlichen Nachholbedarf
in Sachen Prävention, insbesondere bei Frauen.
Im Wiener Rabenhoftheater darf sich das Publikum ab heute Abend beschimpfen lassen
und ein Revoluzer feiert, Geburtstag Günter Bruls wird 85.
Bevor wir gratulieren, werfen wir noch einen Blick aufs Wetter heute mit Gunter Schuller.
Sehr warm wird es auch heute und nach und nach in ganz Österreich sonnig.
Noch sind aber Streckenweise auch Starktunstennebel und Hochnebel im Weg.
Und bis Mittagnebelig bleiben, kann es in Unterkärnten im Mürztal und im westlichen
Oberösterreich.
Langsam kommt wieder Wind aus Ost bis Süd auf und wird besonders im Norden der Steiermarkin
Niederösterreich und in Wien lebhaft.
Die Temperaturen erreichen 20 bis 28 Grad bis zu 28 im Osten und in 2000 Meter 12 bis 17 Grad.
Und momentan in Wien 11 bis 17 Grad, Eisenstadt 14, St. Pölten und Linz 13 Grad, Salzburg 11,
Innsbruck und Bregenz 10 und Graz und Klagenfurt 11 Grad.
Auch morgen Donnerstag und am Freitag Sommer in Österreich.
Das heißt viel Sonne und 20 bis 28 Grad.
Am Samstag kommen Schauer und langsam auch frischere Luft.
Am Sonntag wird es aber im Westen Österreich schon wieder recht warm.
Den aktuell recht überdurchschnittlichen Temperaturen zum Trotz, der Winter naht
und damit auch die Frage, wie viel er uns diesmal kosten wird.
Strom, Gas, Fernwärme, das alles geht ins Geld und da lohnt es sich zu vergleichen.
Denn zum Teil werden teure Gaseinkäufe aus dem vergangenen Winter immer noch an die Kunden
weitergegeben.
Palsierhaus über die Dynamik hinter den sehr unterschiedlichen Gaspreisen.
Karl Duschen oder weniger Heizen, der Winter war teilweise hart im vergangenen Jahr.
Heuer sieht das anders aus, für den kommenden Winter werden im Schnitt 5 Cent Netto
für die Kilowattstunde Gas an der Börse aufgerufen. Ein vergleichsweise niedriger Preis.
Es gibt sogar Tarife, die sich wirklich an diesem Preis orientieren aktuell.
Johannes Meier, Preisexperte bei der E-Control.
Der aktuelle Benchmark sind so etwa 6 Cent pro Kilowattstunde.
Und da gibt es eine ganze Menge von Anbietern, die das auch tatsächlich bieten.
Und das ist tatsächlich angesichts der aktuellen Großhandelspreise ein guter Preis.
6 Cent Netto entsprechen in etwa 10 Cent brutto.
Wer einen sogenannten Floater-Tarif hat, denn Tarif angepasst an den aktuellen Großhandelspreis,
bei dem kommt das hin.

Bei Bestandskunden auch so manchem Neukunden-Tarif kommt das allerdings nicht hin. Warum Johannes Meier?

Sie berechnen die hohen Speicherkosten und Einstandskosten des letzten Jahres mit ein für ihre Kalkulation der Bestandskunden, aber auch der Neukunden teilweise.

Und die Speicher sind aktuell gut gefüllt.

Da ist natürlich auch teures Gas aus dem Herbst 2022 drinnen.

Jene Unternehmen, die sich da große Speichermengen angelegt haben, haben jetzt natürlich auch relativ hohe Kosten.

Und welche Energieversorger will schon auf hohen Kosten sitzen bleiben?

Die Preise sinken daher bei manchen Gasanbietern nur schrittweise.

Auffällig ist das bei den Landesenergieversorgern, sagt Johannes Meier.

Alexander Ismeni von der Interessensgemeinschaft der Gasversorger

erklärt das mit der Verpflichtung der Unternehmen,

früh Gas einzukaufen im Sinne der Versorgungssicherheit.

Wenn ich jetzt eben dann eine kurze Risiko über einen längeren Zeitpunkt einkaufe,

bedeutet das, dass ich auch Mengen für diesen Winter schon letztes Jahr

auch schon mit eingekauft habe zur Zeitpunkt, wo die Preise sehr hoch gewesen sind.

Je nachdem, wie viel man quasi hier von Gasmengen, die man im letzten Jahr eingekauft hat,

also mitnehmen muss die Preiskalkulation für das Kommandejahr,

umso unterschiedlicher wird der Riff sein.

Wie viel teuer eingekauft wurde und wie viel teures Gas im Speicher liegt,

das hängt von der Beschaffungspolitik der einzelnen Unternehmen ab.

Eine Blackbox für die Öffentlichkeit.

So senkt die Burgenlandenergie den Gaspreis um bis zu 60% aktuell,

während etwa die Salzburger Energielautwebseite mit 1. Oktober um 50% erhöht.

Trotzdem in der Großhandelspreise wollen Energieunternehmen den Kostenrucksack offenbar immer noch an die Kundinnen und Kunden weitergeben.

Und sie wiederum müssen sich vor dem Winter ihren Weg durch den Tarif-Dschungel bahnen.

Bei mir im Studio ist dazu jetzt der Vorstand der Regulierungsbehörde e-Control,

Wolfgang Urbancic. Guten Morgen.

Guten Morgen, Frau Schieder.

Herr Urbancic, Stichwort Tarif-Dschungel.

Es wird regelmäßig empfohlen, die Angebote zu vergleichen

und gegebenenfalls zu wechseln.

Gleichzeitig haben wir wiederholt berichtet,

dass ein direkter Vergleich durch unterschiedlichste Aktionen,

wie etwa so und so viele Gratis-Tage durchaus schwierig ist,

hat sich da schon etwas gebessert in Sachen Transparenz?

Leider muss man feststellen, dass nach wie vor die Preisgestaltung vielfach intransparent ist.

Das, was wir als e-Control dazu anbieten können, ist unser Tarif-Kalkulator auf unserer Webseite.

Hier kann man am Ende dann sehen, was zahlt man für die Kilowattstunde Strom oder Gas.

Und das ist im Übrigen sehr wichtig, auch bei künftigen Verträgen,

dass man genau hinschaut, was zahlt man denn dafür

und kann man sich durch einen Lieferantenwechsel Geld sparen.

Haben Sie einen Überblick darüber, ob viele Kunden aktuell tatsächlich den Anbieter wechseln?

Ja, mittlerweile ist es so, dass wieder mehr Kundinnen und Kunden den Anbieter wechseln.

Das ist regional unterschiedlich in den ersten beiden Quartalen.

Österreichweite waren so über 2%, aber in Niederösterreich knappe 6%.

Das hängt damit zusammen, ob es größere Bewegungen,

Marktverhalten gegeben hat vom örtlichen Energieanbieter.

Das heißt, wir sehen wieder ein gestärktes Wechselverhalten.

Die Menschen befassen sich mit dem Thema Strom und Gas

und wechseln auch ihren Anbieter, wenn sie meinen, zu viel zu bezahlen.

Ist es klug, derzeit einen Vertrag abzuschließen, mit dem man sich wieder für ein Jahr bindet?

Sprich, ist davon auszugehen, dass die Preise in den nächsten Monaten eventuell noch weiter sinken werden?

Im Augenblick kann man solche Fixpreise eingehen für ein Jahr,

denn wenn man die Markterwartungen näher ansieht, dann sind die Großhandelspreise einigermaßen stabil.

Natürlich kann es immer wieder zu Preisschwankungen kommen, aber im Grund genommen sind sie stabil.

Das bedeutet, dass man jetzt bei Angeboten zuschlagen kann, die gut sind

und die einem auch die Sicherheit geben, eben für ein Jahr denselben Preis zu bekommen.

Gibt es aber zum Beispiel auch viele, die aktuell gerne wechseln würden,

aber wegen einer Preisbindung in ihren alten Verträgen feststecken?

Die Allermeisten kommen jetzt wohl aus ihren Verträgen heraus.

Seitdem Sie haben jetzt gerade ganz kurzer Zeit einen neuen Vertrag abgeschlossen,

denn im vergangenen Jahr gab es sehr viel Bewegung in den Märkten

und da wurden dann sukzessive im vergangenen Jahr neue Verträge abgeschlossen.

Das ist dann wieder für ein Jahr gültig.

Das heißt, jetzt ist die richtige Zeit, sich mit dem Energieliefervertrag auseinanderzusetzen

und zu schauen, ob man nicht durch den Lieferantenwechsel Geld sparen kann.

Bei vielen wird da doch einiges drinnen sein

und gerade vor dem Beginn der Heizsaison ist das ein guter Zeitpunkt.

Apropos Transparenz, wenn es nach E-Control-Vorstand Alfons Haber geht,

sollen die großen Energieversorger in Österreich künftig ihre Gasquellen bekannt geben müssen.

Warum?

Das ist wichtig, damit man weitere Entscheidungen treffen kann,

wie man Gasquellen diversifizieren kann.

Das heißt, wie man vom russischen Gas wegkommen kann und anderes Gas beschaffen kann.

Und dazu muss man natürlich wissen, woher kommt das Gas, das in Österreich verbraucht wird.

Wir haben hier eine Verordnung in Begutachtung versendet

und ich sage ganz offen, ich habe kein Verständnis dafür,

dass der Fachverband der Gasunternehmen sagt, diese Abfrage sei überschießt sind.

Wir brauchen diese Informationen, damit man künftig weitere Maßnahmen treffen kann,

um eben vom russischen Gas wegzukommen.

Und das ist Gegenstand unserer Beratungen jetzt.

Es ist praktisch unmöglich, bei den Energielieferanten jemanden ans Telefon zu bekommen.

Kunden, die Antworten auf ihre Fragen wollen, fahren deshalb mitunter direkt zu den Konzernstandorten, in der Hoffnung, dort mit jemandem reden zu können.

Ist das in Zeiten, wo die Energierechnungen für viele eine existenzielle Belastung sind, ein verantwortbarer Zustand?

Es ist wichtig, dass die Unternehmen noch stärker kommunizieren, sei es telefonisch, sei es schriftlich.

Im Übrigen ist uns schon aufgefallen, dass gerade im Bereich der Digitalisierung auch es einen erheblichen Nachholbedarf gibt.

Wann wird wahrscheinlich kein App finden von einem Energieunternehmen auf seinem Smartphone. Aber vor allem geht es darum, dass die Kommunikation der Energieunternehmen individualisiert werden,

dass sie besser verständlich werden.

Und ja, natürlich sollen die Hotlines erreichbar sein.

Uns erreichen immer wieder Beschwerden, dass die Leute nicht durchkommen.

Und das gehört natürlich abgestellt.

Wenn man bei seinem Energieversorger nicht durchkommt,

kann man sich als Kunde dann zu Beratungszwecken auch an die E-Control wenden?

Ja, man kann sich auch an die E-Control wenden.

Wir haben auch eine Beratungsstelle bei uns.

Ich muss noch dazusagen, dass manche der Fragen, die ganz spezifisch den Vertrag betreffen, wohl nur das Energieunternehmen beantworten kann.

Aber selbstverständlich, wir stehen auch bereit und unterstützen die Grundhinnern und Gründen. EU-Kommissionsvertreter Martin Zellmeier hat erst vor Kurzem mit seinem Sager von Blutgeld für viele Empörung gesorgt.

In der Sache haben ihm aber viele Recht gegeben.

Die OMV hat mit dem russischen Gas-Prom-Konzern weiterhin Lieferverträge bis 2040.

Daran wird sich wohl auch nichts ändern, oder?

Das eine ist der Vertrag, den die OMV hat.

Das andere ist der Anteil des russischen Gases, der in Österreich verbraucht wird.

Und das dritte ist aber die tatsächliche Abhängigkeit.

Was wichtig ist, ist, wenn schon weiter russisches Gas nach Österreich fließt, dass man schaut, dass man aber nicht abhängig ist von diesem russischen Gas.

Und es wird täglich daran gearbeitet, dass man diese Abhängigkeit reduziert.

Da ist schon einiges gelungen.

Der russischen Gasanteil ist gesunken.

Aber was seit dem Jahr 1968 aufgebaut worden ist, eine Abhängigkeit lässt sich nicht von heute auf morgen abschaffen.

Aber es wird tagtäglich in die Richtung gearbeitet, dass man weniger russisches Gas bezieht.

In aller Kürze noch, was wenn die ukrainere Ankündigung war macht und ab 2024 kein Gas mehr über ihr Gebiet durchlässt, sind wir darauf vorbereitet?

Es gibt andere Gas-Pipelines, mit denen man Österreich versorgen kann.

Und auch dafür gibt es jetzt bereits Szenarien,
wie man mit einem solchen Zustand dann umgehen wird.

Wolfgang Urbancic war das.

Vielen Dank für Ihren Besuch.

Danke.

Die heimische Zeitungsbranche und damit zu einem ganz anderen Thema
gerät immer mehr unter Druck.

Seit Juli erscheint die Wiener Zeitung nicht mehr auf Papier

Ende des Jahres erhält das Linzer Volksblatt,

das der ÖVP Oberösterreich gehört

und die letzte klassische Parteizeitung ist das selbe Schicksal.

Der Großteil der Redaktion ist zur Kündigung angemeldet.

Und gestern haben die Zeitungsverleger auch noch

den Journalisten-Kollektivvertrag gekündigt.

Zu teuer und nicht mehr leistbar heißt es,

die Gewerkschaft ist wütend und bereit auf die Barrikaden zu gehen.

Stefan Karbacher berichtet.

Dass die Arbeitgeber seit ihren Kollektivvertrag aus heiterem Himmel kündigt,
das passiert sehr selten.

Die zuständige Vorsitzende der privat angestellten Gewerkschaft

GPA Barbara Daiber ist fassungslos und empört, wie sie sagt.

Wir sind einfach deswegen so erstaunt,

weil sie ja erst vor relativ kurzer Zeit

Kollektivvertragsverhandlungen gegeben hat

über die kollektivvertragliche Gehaltserhöhung.

Und da waren Änderungen im Rahmenrecht kein Thema.

Auf immerhin 8,6% Gehaltserhöhung zur Jahresmitte 2023

hat sich der Zeitungsverband Fötz damals mit der Gewerkschaft geeinigt.

Im Fötz waren in der Folge einige der Meinung,

dass man sich damit überhoben habe,

Einbrüche bei den Werbeeinnahmen,

massive Kostensteigerungen wegen der Teuerung

und zu wenig Entlastung durch neue Einnahmen,

etwa aus Digitalabos.

Das ist das Dilemma.

Jetzt wird nach Kündigungswellen in vielen Redaktionen

via Kollektivvertrag noch einmal bei den Personalkosten angesetzt.

GPA-Chefin Daiber.

Was zur Folge hat, dass es für neue Eindräfte in der Beschäftigten

überhaupt keine abgesicherten Mindestgehälter gibt,

auch keinen 13. 14. Monatsgehalt,

auch keine Zuschläge, keine Regelung,

was die Arbeitszeiten betrifft,

konkretere Sonntagszuschläge etc.

Das ist einfach nicht in Ordnung.
Dieser Affront werde die Krise der Zeitungen
nur weiter verschärfen,
weil Leute aus der Branche vertrieben würden.
Ein guter Kollektivvertrag stütze ja auch die
journalistische Unabhängigkeit.
Unsinn, sagt Vötz-Geschäftsführer Gerald Grünberger.
Weil die journalistische Unabhängigkeit wird
schon durch das Journalistengesetz abgesichert.
Unter dieses kann ein Kollektivvertrag sowieso nie gehen.
In Kollektivvertrag sind hingegen
sehr viele Besserstellungen,
die viele andere Arbeitnehmer nebenbei bemerkt,
auch im Zeitungsbereich nicht genießen.
Auch die Kritik der Gewerkschaft an der Vorgangsweise
wird vom Zeitungsverband relativiert.
Das Kündigungsschreiben haben Sie noch nicht in Händen.
Daher kann man sagen, es ist ja durchaus im Vorfeld,
dass das Informal bekannt gewesen.
Grünberger betont, dass es um die Anpassung des Kollektivvertrags
an die neuen Gegebenheiten gehe,
etwa den digitalen rund um die Uhrbetrieb.
Bis Mitte 2024 wird sich der Vötz an den alten Kollektivvertrag halten.
Bis dahin muss er ein neuer Ausverhandelt sein.
Immer langsam meint Barbara Deiber.
Ich kann die Beschlüsse vom Journalistenpräsidium
nicht vorwegnehmen.
Klar ist niemand will sich das, was die Arbeitgeber jetzt aufgeführt haben,
sang und ganglos gefallen lassen.
Kampfmaßnahmen stehen im Raum.
Am Montag werden die Betriebsrätinnen und Betriebsräte informiert,
Betriebsversammlungen sollen folgen.
Im WANG-Journal um 8 ist dazu der Medienexperte
an die kalten Brunner zu Gast.
Und vielleicht werden die teuren Mitarbeiter ja ohnehin
bald durch Maschinen ersetzt.
Nicht nur für den Journalismus,
sondern auch für viele andere Lebensbereiche stellt sich nämlich die Frage,
muss man sich vor künstlicher Intelligenz fürchten.
Wo macht es Sinn, sie einzusetzen, wo ist sie bedrohlich
und öffnet Manipulation, Tür und Tor?
Nach Antworten auf diese Fragen sucht Klaus Webhofer
heute Abend im Klartext.
Und zwar mit Digitalisierungsstaatssekretär Florian Turski,

KI-Unternehmer Clemens Wasner, Informatiker Peter Purgathofer und Ö1-Digitalisierungsexpertin Sarah Krische, ab 18.30 Uhr sich im Radiokulturhaus und hier auf Ö1. Die US-Wettbewerbsbehörde und 17 Bundesstaaten haben nach jahrelangen Ermittlungen eine mit Spannung erwartete Klage gegen den online Riesenamazon eingebracht, die das Geschäftsmodell des Konzerns gehörigen zwanken bringen könnte. Amazon setze externe Händler seines Marktplatzes unter Druck, so der Vorwurf, der Konzern weist das zurück. Max Nikols mit den Einzelheiten. Der Amazon-Marktplatz ist ein Herzstück im Onlinegeschäft des Konzerns. Hier können externe Händler die Amazon-Website nutzen und ihre Waren verkaufen. Pro verkauftem Artikel zahlen sie einige Bücher an Amazon. Hinzu kommt die Option, die verschiedenen Amazon-Dienstleistungen zu nutzen, etwa die hauseigene Logistik, den Liefer-Service oder auch Werbung. Alles natürlich ebenfalls gegen eine Gebühr. Und genau dieses Gesamtpaket ist den US-Wettbewerbshütern schon lange ein Dorn im Auge, denn sie werfen Amazon vor, damit seine Marktmacht zum Missbrauchen. Nur wer seine Waren auf dem Amazon-Marktplatz günstiger als auf anderen Plattformen anbietet und auch für die Logistikdienste zahlt, werde prominent und damit besonders leicht auffindbar platziert. Zudem müssten Händler auf die Hälfte ihres Umsatzes an Amazon zahlen. So lauten die Vorwürfe der Wettbewerbsbehörde, die nun nach jahrelangen Ermittlungen zu einer Klage geführt haben, der sich auch 17 Generalstaatsanwälte angeschlossen haben. Es ist bei Weitem nicht die erste Klage, die die US-Wettbewerbshüter gegen einen Tech-Konzern eingebracht haben, aber dieses Mal geht es um besonders viel. Denn der Amazon-Marktplatz macht mittlerweile mehr als die Hälfte der Umsätze im Online-Geschäft des Konzerns aus. Im Vergleich zu dieser Klage seien die anderen nur Geplänkel gewesen, sagt etwa Robert Landy, Professor an der Universität von Baltimore und Direktor des American Anti-Trust-Instituts, eines Thinktanks, der sich mit den Wettbewerbsgesetzen in den USA beschäftigt. Über diesen Fall werden wir noch jahrelang reden, sagt Landy. Dementsprechend heftig ist auch die Reaktion des Online-Konzerns, der sich gegen die Vorwürfe wehrt. Die Fakten der Behörde und die Klage seien falsch, heißt es von Amazon. Die Klage mache deutlich, dass sich die Behörde von ihrem Auftrag, Verbraucher und Wettbewerb zu schützen, radikal entfernt hat. Die angezweifelten Praktiken hätten dazu beigetragen, Wettbewerb und Innovation im Einzelhandel zu fördern, denn sie hätten zu einer größeren Auswahl niedrigeren Preisen

und schnelleren Lieferzeiten für Amazon Kunden geführt.
Auch in der US-Autoindustrie Rumpel des Gewaltigen 20 Bundesstaaten werden mittlerweile Autowerke bestreikt
und eine Einigung in den Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft und den Autobauern Ford, General Motors und der Landys ist nicht in Sicht.
Der gesamtwirtschaftliche Schaden beträgt bereits mehrere Milliarden Dollar und im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen werden die Anliegen der Streikenden ganz schnell zur Anliegen der Politik.
Präsident Joe Biden stellt sich demonstrativ auf die Seite der sogenannten kleinen Leute.
In Michigan hat er ihnen jetzt einen Solidaritätsbesuch abgestattet.
Joe Biden trägt eine schwarze Kappe mit aufgedrucktem UAW Gewerkschaftslogo.
Erstmals in der Geschichte steht ein US-Präsident persönlich in mitten von Streikenden, macht Selfies mit Arbeiterinnen und Arbeiterinnen um Armzieh.
Danke, dass Sie gekommen sind, sagt Gewerkschaftschef Sean Fain vor dem General Motors Work in Detroit.
Er verdreht fast 150.000 Mitarbeiter von General Motors, The Landys und Ford.
Fain spricht von einem Krieg, in dem der Gegner die Gier der Konzernesei.
Rettet den amerikanischen Traum, steht auf den Schildern, die die Arbeiter und Arbeiterinnen in die Höhe halten.
Unterstützung kommt vom US-Präsidenten mit Megafon.
Nicht die Wall Street hat dieses Land aufgebaut, sondern die Mittelschicht errichtet von Gewerkschaften.
Ihr sollt bekommen, was ihr erwirtschaftet habt.
Und das ist verdammt viel mehr, als ihr jetzt verdient.
Die Gewerkschaft fordert Lohnerhöhungen von fast 40 Prozent über vier Jahre, was laut Gewerkschaft dem Einkommensanstieg der Topmanager der Autoindustrie entspreche.
Wir wollen einen feeren Anteil, sagt die Arbeiterin Chanel, die sich über die Unterstützung des Präsidenten freut.
Eine deutliche Lohnerhöhung und bessere Arbeitsbedingungen, seinen Muss, sagt US-Präsident Joe Biden, der in die Krise der Autobranche 2008 erinnert, als die Arbeiter zu schmerzhaften Zugeständnissen bereit waren, um die Unternehmen vor dem Zusammenbruch zu retten.
Leute, ihr habt die Automobilindustrie 2008 gerettet.
Ihr habt viel aufgegeben, als die Unternehmen in Schwierigkeiten steckten.
Aber jetzt geht's ihnen unglaublich gut.
Und euch sollte es auch unglaublich gut gehen.
Es ist kein Zufall, dass Biden ausgerechnet das Werk in Detroit besucht.
Michigan ist ein Heiß- und Kämpfer Swing State, den Biden bei der Präsidentschaftswahl nur knapp gewonnen hat.
Der Kampf um die wichtigen Stimmen der Arbeiter und Arbeiterinnen ist eingeläutet.
Und schon heute wird der Präsidentschaftsfavorit der Republik Harnah, ex-US-Präsident Donald Trump, nach Michigan reisen und ein Autowerk besuchen.

Aus den USA hat Inkapie berichtet.
Krebs zählt zu den häufigsten Todesursachen weltweit,
zwar machen Prävention und Behandlungsmethoden Fortschritte,
eine im Fachmagazin Lancet,
veröffentlichte Studie,
erortet aber noch erheblichen Nachholbedarf,
insbesondere bei der Früherkennung und Therapie von Frauen.
Demnach sterben jährlich 2,3 Millionen Frauen an Krebs.
Mehr als die Hälfte dieser Todesfälle
wäre bei entsprechender Früherkennung verhinderbar.
Auch in Österreich gibt es neben einem erfreulichen Fortschritt
noch Handlungsbedarf.
Barbara Reichmann berichtet.
Rustkrebs ist die häufigste Tumorerkrankung weltweit.
In Österreich sind jedes Jahr etwa 5.500 Frauen
mit dieser Diagnose konfrontiert.
Aber die gute Nachricht,
dank besserer Screenings
und eines gestiegenen Bewusstseins für Vorsorgeuntersuchungen,
werden 95 Prozent der Tumore im Frühstadium diagnostiziert,
sagt Onkologe Rupert Bartsch,
Programmdirektor für Brustkrebs
an der Uniklinik für innere Medizin am Aka Harwin.
Das erhöht die Therapiechancen enorm.
Nötig wäre jedoch der Ausbau
von zertifizierten Brustkrebszentren.
Darüber hinaus müssten fortgeschrittene Brustkrebskrankungen
auch auf bestimmte Marker getestet werden,
die Aufschluss darüber geben,
ob eine bestimmte Behandlung angeschlossen wird.
Wir tun das zunehmend.
Eine Limitation war bislang die Zeit,
bis der Test zur Verfügung stand,
beziehungsweise die gesetzlichen Vorgaben zur Aufklärung.
Das ist jetzt zunehmend vereinfacht.
Es hat eine klinische Konsequenz,
weil wir zusätzliche Behandlungsmöglichkeiten haben,
die aus dem Testergebnis erwachsen.
Und ich denke, es ist klinisch einfach relevant,
und da muss man das sofort.
Seltener, aber gefährlicher,
ist es nicht so, dass die Behandlungsmöglichkeiten
für die Erkrankung der Medizin sind.
Die Medizin hat eine Erkrankung für die Erkrankung

für die Erkrankung für die Erkrankung der Medizin.
Hier erkranken in Österreich etwa 650 Frauen pro Jahr.
Nach wie vor gibt es hier keine effektive Früherkennung,
aber neue Medikamente erhöhen die Behandlungschancen.
Insbesondere bei Patientinnen,
bei denen eine Genmutation nachgewiesen wurde,
sagt Gynäkologe Alexander Reintaler von der Medizin Uni Wien.
Er hat diese Patienten stattgefunden.
Das sind Daten, wie wir sie bisher noch nie gesehen haben,
bei fortgeschrittenen Tumoren.
Etwa ein Viertel aller Krebserkrankungen
wird durch Infektionen verursacht, ein Beispiel HPV.
Hier hat man die Chance, durch eine Impfung vorzubeugen.
Sie ist seit Heuer in Österreich
bis zum 21. Geburtstag kostenfrei.
Bei der Durchimpfungsrate ist allerdings noch viel Luft nach oben,
sagt Elma Armin Jura von der Medizinischen Universität Wien.
Denn nur jede zweite Frau ist geimpft.
Auch eine standardmäßige Testung auf eine HPV-Infektion
wäre als regelmäßiger Check sinnvoll.
Das Ziel, dass wir uns auch setzen,
ist, dass die HPV-Testung für Frauen ab 30 durchgesetzt werden.
Das heißt, die Kosten sollten von der Krankenkasse übernommen werden.
Außer im Verdachtsfall ist eine solche Testung
nämlich derzeit privat zu bezahlen.
Sie kostet rund 70 Euro.
Der Test auf HPV sollte im 3-5-Jahres-Rhythmus durchgeführt werden,
so der Mediziner.
Damit könnten erheblich mehr Krebsfälle frühzeitig erkannt werden
als mit dem regulären Pappabstrich.
Kultur jetzt, das Wiener Theater im Rabenhof feiert,
sein 20-jähriges Bestehen.
Heute Abend wird die Jubiläumsaison
mit der Neuinterpretation eines österreichischen Theaterklassikers
der Moderne eröffnet, Peter Handkes Publikumsbeschimpfung.
Unterstützt werden die Schauspieler
von der österreichischen Indie-Rockband Kreisky.
Vor dem Nüchtern- und Funktional ausgestalteten Bühnenbild
hat auf der rechten Seite die Band Kreisky
auf der linken Seite ein kleiner Frauenchor
mit Instrumentenaufstellung genommen.
Handkes Sprechstück bekommt hier eine neue, überwiegend musikalische Form.
1966, von Peter Handkes verfasst und im selben Jahr
von Klaus Paimon Uhr aufgeführt, ist die Publikumsbeschimpfung,

die eigentliche Beschimpfung des Publikums findet erst am Ende statt, ein Stück Theatergeschichte und ein Zeugnis seiner Zeit, damaliger Theaterkonventionen und der Auflehnung dagegen. Macht es da Sinn, die Publikumsbeschimpfung im Jahr 2023 also wieder auf die Bühne zu bringen?

Regisseur Matthias Jodl.

Das finde ich schon, dass es heute Sinn macht.

Aus folgendem Grund, die Theater, vor allem die deutschen Sprechtheater, sind meiner Einschätzung zumindest die meisten davon in den letzten paar Jahrzehnten sehr selbstverliebt geworden.

Das Publikum schwindet, wird immer weniger und weniger und das Ganze bewegt sich in Richtung künstlerische Theater-Onernie.

Deswegen möchte ich auch diesen Text oder habe diesen Text gegen die Theater selbst gerichtet, nicht nur gegen das Publikum.

In dem wir sie beschimpfen, können wir unmittelbar werden, können einen Funken überspringen lassen.

Für Kreisgefraundmann Franz Wenzel bilden Peter Handges Textflächen wie auch die Neukompositionen von Michael Mautner eine reizvolle Herausforderung.

Was mir eigentlich sehr wichtig war, dass das was Sakrales hat, dass das Ausstellungsstück Publikumsbeschimpfung neu in einen Raum gestört wird.

Sie stellen etwas dar, sie sind jemand, hier sind sie etwas, hier sind sie nicht jemand, sondern etwas.

Sie sind eine Gesellschaft, die eine Ordnung bildet.

Sie sind eine Theater-Gesellschaft.

Schein ist hier sein.

Matthias Jodl hat Handges Text für seine Inszenierung

um rund die Hälfte auf eine sehr kompakte,

fast kurzweilige Spieldauer von einer Stunde gekürzt und verdichtet.

Über Forderung oder Nüchternheit als dramaturgisches Konzept sind hier weitgehend ausgeschlossen.

Davon bin ich überzeugt, dass man auch anders neu herangehen muss, als erstes einmal in der Länge, aber auch in der Form der Interpretation

mit einer zeitgenössischen, guten, aufregenden Musik,

mit einer schnellen, spannenden, spielweise Inszenierung.

Oder was ich immer als erstes vermeiden möchte,

ist, dass sich irgendetwas langweilt.

So ist im Rabenhoftheater mit der Publikumsbeschimpfung

eine Art Handgemusical zu erleben,

dass dem Publikum wohlgesinnt, aber auch wenig vordernd entgegentritt.

Jacob Fessler hat sich bei einer Probe vorab für uns beschimpfen lassen.

Unser nächster Protagonist verstümmelte sich selbst mit Rasierklingen,

spazierte als lebendes Kunstwerk durch die Wiener Innenstadt

und maltrettierte den eigenen Körper bis an die Grenzen des Aushaltbarn.

Günter Brust zählt zu den prägenten Figuren des Wiener Aktionismus

und gilt als Pionier der internationalen Body Art.
Heute feiert der gebürtige Starrer seinen 85. Geburtstag.
Christian Scheucher lässt ihn mit einem Rückblick
auf sein provokantes Schaffen hochleben.
Der Prozess im Saal 14 des Grauens Hauses in Wien
gegen die Hauptakteur im Skandal vom 7. Juni ist vorbei.
Er dauerte genau 10 Stunden
und am Nachmittag begann der Staatsanwalt mit seinem Play-Doyer.
Meine Damen und Herren, Sie werden mir sicherlich ersparen.
Einzelheiten über die Tatvorgänge.
Eine Kunstaktion erschüttert die Republik.
Wir schreiben das Jahr 1968.
Am 7. Juni laden die Künstler Günter Brust, Peter Weibel,
Otto Müll, Oswald Wiener und Malte Olszewski
zu einer politischen Aktion
in den Hörsaal 1 des neuen Institutsgebäudes
der Universität Wien.
Dort masturbieren sie öffentlich,
verrichten ihre Notdurft und singen die Bundeshymne.
Ich wusste, es muss irgendwas passieren.
Darum bin ich auch bei der Aktion angetreten,
bei der Gemeinsam,
um eigentlich schon keine Kunst mehr zu machen,
sondern mehr Radau und Aufruhe.
Es ist ein Skandal, der das biedere Nachkriegsösterreich
bis aufs Mark erschüttert.
Der Boulevard prägt den Begriff Univerkelei.
Der damals 29-jährige Künstler Günter Brust
wird zu sechs Monaten schweren Arrest verurteilt
und flieht nach Berlin.
In den frühen 1960er-Jahren versucht sich Günter Brust
in der abstrakten Malerei und merkt bald,
dass er eine Malerei entwickeln will, die den Rahmen sprengt.
Zuerst malt er über den Rahmen hinaus,
schließlich macht er den eigenen Körper zur Leinwand.
1965 spaziert Günter Brust durch die Wiener Innenstadt,
von Kopf bis Fuß weiß bemalt.
Ein schwarzer Strich teilt den Körper in zwei Hälften.
Das war ein entscheidender Schritt vom Atelier raus auf die Straße.
Günter Brust macht den Körper selbst zum Material seiner Kunst,
bearbeitet ihn mit Rassierklingen,
verstümmelt sich selbst und zeigt den Menschen
in seiner ganzen Verletzlichkeit.
Die Selbstverletzungen und Selbstverstümmelungen

der Wiener Aktionisten wirken bis heute verstörend,
machen das Kriegstrauma der Elterngeneration sichtbar.
Dann haben eben diese Entscheidungen,
die Linien auf den Körper zu übertragen.
Und dann ist eben der Strich ersetzt worden durch Rassierklingen.
Und dann habe ich angefangen, meinen Körper zu beschneiden, sozusagen.
In den 1970er-Jahren tauscht Günter Brust die Rassierklinge
mit der feinen Klinge des Zeichenstifts
und wendet sich verstärkt Bilddichtungen zu.
Es sind Texte, die betrachtet und Bilder, die entziffert werden sollen.
Günter Brust-Entwicklung vom Wiener Aktionisten zum Bilddichter
zeichnet aktuell eine Ausstellung in der Wiener Galerie Wiener Räter
und Kohlbacher nach, die sich als Urmarsch versteht
und noch bis 10. Oktober zu sehen ist.
Mit aktuellen Meldungen wartet jetzt noch Paul Kraker auf.
Die Regulierungsbehörde e-Control beklagt weiter
und durchsichtige Preisgestaltung bei Strom- und Gasanbietern.
Vorstand Wolfgang Urbancic sagt, der Preis sei oft schwer zu erkennen.
Die e-Control bietet daher weiter ihren Tarifikalkulator an,
der zeige, was eine Kilowattstunde Strom und Gas tatsächlich kostet.
Urbancic fügt hinzu, der zurzeit guter Zeitpunkt den Anbieter zu wechseln
und sich für ein Jahr zu binden. Die Großhandelspreise seien stabil.
Bundeskanzler Karl Nehammer fordert eine Erlaubnis
für die Speicherung von CO2 in der Erde.
Nehammer sagt, das bisherige Verbot in Österreich müsse abgeschafft werden.
Norwegen Speichere seit vielen Jahren CO2 in der Erde.
Der Kanzler besucht heute die Hauptstadt Oslo.
Norwegen pumpt seit mehr als 25 Jahren CO2 z.B. in leere Erdgas- oder Ölfelder.
In Österreich und acht weiteren EU-Staaten ist das verboten.
In Kärnten startet ein Großprozess wegen Anlagebetrug mit bis zu 40.000 Geschädigten.
Acht Angeklagten werden schwerer Betrug, Geldwäscherei sowie Ketten- und Pyramidenspiel
vorgeworfen.
Die Zehntausenden Opfer sollen um insgesamt mehr als 14 Millionen Euro geschädigt worden sein.
Der frühere US-Präsident Donald Trump erleidet in einem Verfahren gegen ihn einen Rückschlag.
Ein Richter in New York hat Trump in einem Vorverfahren des Finanzbetrugs verschuldig erklärt.
Trump habe Vermögenswerte seines Immobilienimperiums zu hoch angegeben,
um bessere Kreditkonditionen zu bekommen.
Das wird er heute sehr warm und sehr sonnig.
Sämtliche Nebel- und Hochnebefelder lösen sich bis Mittag auf.
Die Höchstwerte 20 bis 28 Grad, die 28 im Osten.
Vielen Dank auf Wiederhand beim Morgenjournal um acht, sagt Barbara Schieder.
Bis dahin, sagt Sonja Watzka wieder.
Guten Morgen mit Ö1.